

# Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

**FU!**

Sonderausgabe 35. Parteitag der CDU 2022

A close-up photograph of a target with concentric black and white rings. Two darts, one yellow and one red, are embedded in the red bullseye. The numbers 1 through 20 are visible on the rings.

**Gemeinsam  
Erfolgreich**

**CDU**

<b>Auf den Punkt gebracht</b>	2
<b>Profil</b>	
Erwartungen an die Union	4
<b>Gleichstellung</b>	
Unverzichtbar Gleichstellung	5
<b>Mentoring</b>	
Programm mit Vorbildcharakter	7
<b>Argumente</b>	
Deshalb: Ja zur Frauenquote	8
<b>Kommunalpolitikerinnen</b>	
Quote – Ja, aber wir brauchen viel mehr!	10
<b>Volkspartei</b>	
Neues wagen!	11
<b>Wahlen</b>	
Equality	
Stark wie nie	12
<b>Wirtschaft</b>	
Verborgenes Kapital heben	13
<b>Parteibasis</b>	
Gute Gründe	14
<b>Impressum</b>	15



### Liebe Delegierte und Gäste des CDU-Bundesparteitags in Hannover,

nach drei Jahren treffen wir uns endlich wieder persönlich. Auf die gemeinsamen Gespräche und den Austausch freue ich mich sehr.

Das ernsthafte, konstruktive Ringen um die richtigen Lösungen, der gegenseitige Respekt in der Diskussion und die Wertschätzung im Umgang miteinander auf unseren Parteitagen erzeugen ein **Bild der Geschlossenheit und Signal des Aufbruchs**, das nicht nur in unsere Partei hinein strahlt und motiviert. Sie haben eine nicht zu unterschätzende Wirkung in der Öffentlichkeit. Die Wählerinnen und Wähler schätzen es, dass wir bereit sind, Standpunkte zu beziehen und auch neue Wege zu beschreiten.

**Neue Wege** gehen wir, indem wir die CDU erneuern und als Volkspartei der Zukunft aufstellen. Wir beziehen Standpunkte, indem wir die Charta für das neue Grundsatzprogramm verabschieden. Die CDU zeichnet aus, dass sich Menschen auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen auch über unterschiedliche Gruppen und Strömungen hinweg auf tragfähige Konzepte verständigen und sie dann gemeinsam umsetzen. Union, das heißt Vielfalt und Geschlossenheit. Darin liegt auch ein unschätzbares Plus für Wählerinnen und Wähler, denn wir können ihnen ein breites inhaltliches und personales Angebot machen. Damit gewinnen wir Menschen in der Mitte der Gesellschaft für uns und unsere Ideen. Dort, wo sich Wahlen entscheiden.

Die Bundestagswahl 2021 war ein unüberhörbarer Warnschuss: Die Wählerinnen und Wähler vermissten bei der Union überzeugende Antworten auf die großen Veränderungen der Zeit und die Fragen der Zukunft. Nach langen Jahren in Regierungsverantwortung mit wechselnden Koalitionspartnern wurde das Profil der CDU immer weniger erkennbar. Die Wählerbindung und damit eine breite Stammwählerschaft wie früher fehlt. **Der Wettbewerb um die politische Mitte** ist härter geworden. Bei unseren Wählerinnen haben wir 12 Prozentpunkte gegenüber 2017 verloren. Junge Wählerinnen und Wähler fühlten sich insgesamt bei anderen Parteien besser aufgehoben.

Auf dem CDU-Bundesparteitag 2019 wurde eine Struktur- und Satzungskommission beschlossen und im Anschluss daran eingesetzt, in der Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen intensiv um Konzepte und Maßnahmen

gerungen haben, die unsere Parteilarbeit insgesamt **attraktiver, effizienter und erfolgreicher** machen. Die erarbeiteten Vorschläge zur Arbeitsweise, Struktur und Satzung wurden schließlich mit breiter Mehrheit verabschiedet und von zwei Bundesvorständen der CDU als Beschlussvorschlag für den Bundesparteitag übernommen. Wir haben uns in diesen Prozess mit unseren Vorstellungen aktiv eingebracht, sind dabei auch Kompromisse mit anderen eingegangen und werben heute dafür, dass auch der Bundesparteitag sich hinter dieses Ergebnis stellt.

Ein Instrument des Gesamtkonzepts - **die Frauenquote** - steht dabei im Mittelpunkt der Diskussion. Für uns stellt sie ein notwendiges Hilfsinstrument und selbstverständliches Mittel zur Erreichung von angemessener politischer Repräsentativität von Frauen und Relevanz ihrer Erfahrungen und Sichtweisen in politischen Entscheidungen dar. Andere empfinden sie hingegen als beleidigende Reduzierung auf ihr Geschlecht oder ungerechtfertigte Bevorzugung im politischen Wettbewerb. Für viele ist es zumindest die zweitbeste Lösung, solange sich die beste noch nicht ganz selbstverständlich als Ergebnis von Wahlen zu Ämtern und Mandaten auf den verschiedenen politischen Ebenen aus einem breiten personellen Angebot ergibt.

Die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen und Männern in der CDU ist unerlässlich und mittlerweile auch unumstritten. Das zeigt sich deutlich im Vergleich zu unseren politischen Mitbewerbern gerade auch bei der Mitgliedererwerb. Bereits zwei Generationen haben dieses Ziel formuliert, aber selbst nach 37 Jahren konkreter Erfahrungen mit Appellen, freiwilligen Selbstverpflichtungen und unverbindlichen Verfahren seit dem Essener Parteitag konnten wir es nicht nachhaltig erreichen. Jetzt ist es an der Zeit, das Ziel einer gleichen Beteiligung von Frauen und Männern an Parteiämtern und öffentlichen Mandaten und die notwendigen Verfahren im Statut festzuschreiben und damit eine längst quälende und uns lähmende Debatte endlich zielgerichtet und konstruktiv zu beenden.

Die gesicherte Vertretung von Frauen ist kein Selbstzweck, sondern **gemischte Teams** tun Inhalten und parteiinterner **Kultur im Miteinander** gut. Ohne die Frauen und ihre Stimme zur rechten Zeit am richtigen Ort gäbe es keine Elternzeit, keinen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz oder die Ganztagsbetreuung. Die Verschärfung des Sexual-

strafrechts nach der Kölner Silvesternacht unter dem Motto „Nein heißt Nein!“ wurde von Frauen initiiert. Diese Aufzählung lässt sich fortsetzen. Ohne die Repräsentanz von Frauen in der Breite und ihre Relevanz in der Spitze fehlen der CDU wesentliche Sichtweisen und Kompetenzen für die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung. Politik ohne Frauen blendet die Hälfte der Bevölkerung aus und lässt die Hälfte des Potentials ungenutzt.

Attraktivere Parteilarbeit für alle muss erarbeitet werden: Deshalb brauchen wir neben der Quote, eine **neue Willkommenskultur**, bessere digitale Möglichkeiten der Mitwirkung sowie eine bessere **Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt**. Wir wollen, dass sich mehr Frauen, mehr Jüngere und mehr Menschen mit Migrationshintergrund oder Einwanderungsgeschichte für eine aktive Mitwirkung entscheiden.

In Hannover wollen wir **weitere inhaltliche Akzente** setzen: Die Debatte um die Einführung eines Allgemeinen Gesellschaftsdienstes beschäftigt uns bereits seit 2019. Wir schlagen jedem jungen Erwachsenen vor, sich für unser Land gesellschaftlich zu engagieren und ihm und ihr auch ein konkretes Angebot zu machen. Mit unserem Antrag zum sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen in Institutionen fordern wir mehr staatliche Verantwortung für die Aufarbeitung, Bekämpfung und Prävention ein. In Kooperation mit der KlimaUnion zeigen wir Lösungen für eine klimagerechte Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. Und schließlich legen wir einen Fokus auf die Situation von Frauen in Krisen- und Kriegsgebieten und bekennen uns zu einer Frauenaußenpolitik, die immer auch Menschenrechts-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ist.

Lassen Sie uns gemeinsam ein Signal des Aufbruchs setzen. Für die Volkspartei der Zukunft und damit die CDU am 9. Oktober den Regierungsauftrag für Niedersachsen bekommt.

Herzlichst,

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Ole von Beust ist Kommunikationsexperte in der Wirtschaft und war insgesamt neun Jahre lang Erster Bürgermeister von Hamburg.

# Erwartungen an die Union

Erwartungen hängen von den Zeiten ab. Grundsätzlich gilt: gibt es „das“ große, polarisierende „Ja-Nein-Thema“ wird eine klare inhaltliche Positionierung erwartet. Das ist aber der Ausnahmefall. Im Regelfall geht es um Haltungen und Einordnungen. Welche sind das für die Union?

- 1. Ein Gespür dafür, was man tut oder nicht tut:** Dabei geht es um eher formales, aber wichtiges, konservatives Verhalten: Verantwortung statt Status, Bescheidenheit statt Prunksucht, Demut statt Überheblichkeit, absolute Unkorruptierbarkeit.
- 2. Pragmatismus:** Von einer bürgerlichen Partei wird erwartet, dass sie die Probleme wahrnimmt und nicht verdrängt (kein: was nicht sein kann das nicht sein darf), machbare Lösungen anbietet, über den eigenen ideologischen Schatten springt und man sich an Regeln hält, kein: der Zweck heiligt die Mittel.
- 3. Wohlstand für Alle:** Zumindest die Chance für jeden, am Wohlstand teilzuhaben. Das ist kein Gleichheitsversprechen, sondern der Anspruch auf ein Mindestmaß an Gerechtigkeit. Von der frühkindlichen Bildung, Anerkennung von Leistung bis hin zur Alterssicherung. Die andere Seite der Medaille Freiheit ist die Chancengerechtigkeit.
- 4. Für seine Leute da sein:** Man wird gewählt, weil die Menschen erwarten, dass man für sie da ist. Es geht nicht um Partikularinteressen oder Weltanschauung, sondern das berechtigte Gefühl für alle, die hier leben da zu sein. Das ist moderner Patriotismus.
- 5. Führungswille:** Die Union muss führen wollen. Lange interne Kämpfe und zu lange Debatten passen nicht zu einer Partei, von der insgesamt Führungsstärke erwartet wird.

**6. Freiheit:** Nicht Libertinage, aber eine Auffassung von Geschichte und Gesellschaft, die die Entwicklung nicht als zwangsläufige gesetzmäßige Prozesse, sondern als das Ergebnis jeweils freier Entscheidungen von gleichberechtigten Individuen ansieht.

**7. Wehrhaftigkeit:** Die staatlichen Institutionen, insbesondere die, die dem Schutz des Einzelnen und unserem Zusammenleben dienen, wie Polizei, Bundeswehr und Justiz dürfen weder direkt noch indirekt zur Disposition stehen.

**8. Das C:** Entscheidende christliche Werte wie Nächstenliebe, gleicher Würde für alle und die Erkenntnis, dass es keinen Himmel auf Erden gibt ohne missionarischen Eifer oder klerikale Anbiederung ernst nehmen. Dazu gehört auch ein auf Gottvertrauen beruhender Grundoptimismus.

**9. Über den Tag hinaus:** Nachhaltige Politik, von Finanzen über Klimaschutz bis hin zu generell soliden Gesetzen statt Kurzfristigkeit und Populismus.

**10. Idee davon, wie wir in Zukunft leben wollen:** Politik lebt immer von der pragmatischen Lösung aktueller Probleme und einer Idee von der Zukunft. Die Ausgestaltung der Idee ändert sich, sollte aber in ihren Grundaussagen konstant sein und speist sich aus den obigen Punkten.

Diese Themen „wirken“ aber nur dann, wenn man als Partei das vorlebt, was man fordert: Anständigkeit im Umgang intern, Förderung und Unterstützung derjenigen, die es alleine nicht schaffen, gesicherte Beteiligungsmöglichkeiten (darum die Quote) und zeitgemäße Kommunikation. Was ich selber nicht hinkriege, kann ich nicht für andere fordern.

Ole von Beust



In jeder politischen Organisation ist es heute notwendig, das Recht auf Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Art.3 GG) mit Hilfe von Gleichstellungspolitik durchzusetzen. Wer meint, hierauf verzichten zu können, verspielt die Zukunft einer der letzten Volksparteien Europas.

# Unverzichtbar Gleichstellung

Die christlichen Parteien Deutschlands streiten um die Frauenquote, obwohl bei fast allen anderen Parteien Deutschlands Parität schon lange die Norm ist. Auch wenn die Quote ein Schreckgespenst für manche Konservative sein mag, für die Erhöhung der Frauenmitgliedernzahlen und – Mandate ist sie leider vorübergehend ohne Alternative, denn nur sie wird das quantitative Frauenproblem der Union lösen. Ohne die Quote wird es zu noch weniger Frauen kommen ebenso wie zu einem Wechsel großer Teile der weiblichen Wählerschaft zur Konkurrenz. Mehr als 30 Prozent wären nie mehr erreichbar.

Es ist das Minimum, dass Volksparteien dem grundgesetzlichen Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung gerecht werden. Das Mittel dazu ist seit langem Gleichstellungspolitik, deren Ziel eine gerechte Teilhabe aller Gleichqualifizierten an gesellschaftlichen Institutionen ist. Frauen haben ja in aller Regel genauso viel Hirn, aber weniger Härte als Männer; dies ist der eigentliche Grund, warum sie sich weniger durchsetzen. Letzteres darf jedoch gerade in christlichen Parteien nicht das Kriterium für ihre mangelnde Beteiligung und demokratische Repräsentanz sein, sonst verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit in modernen Gesellschaften.

## 1. Wie kann Gleichstellung in Parteien gelingen?

Die Praxis der Gleichstellung ist unter anderem Vorzeichen der Union nicht fremd. Es war immer schon selbstverständlich einen ausgewogenen Regionalproporz auf Bundes- und Landesebene zu berücksichtigen. Analog hat man früher darauf geachtet, dass beide Konfessionen ausgeglichen repräsentiert waren. Regional-, Konfessions-,

und Geschlechterproporz: was ist der substanzielle Unterschied? Die Antwort muss lauten: keiner! Eine gerechte Beteiligung von unterrepräsentierten Gruppen an demokratischer Repräsentanz muss selbstverständlich sein.

Der Unterschied ist jetzt: was den Ländern gewährt wird, nämlich eine ausreichende Repräsentanz in der Bundespartei, will man den Frauen nicht gestatten, sondern kehrt das Argument der umgekehrten Diskriminierung mit patriarchalem Anspruch hervor. Die Anzahl der weiblichen Mitglieder in den C-Parteien sei noch deutlich zu gering, um sie an Ämtern in höherem Maße partizipieren zu lassen. Hier fürchten Männer um ihre Macht.

Dies ist sogar ernst zu nehmen, soll ein offener Geschlechterkampf nicht vergiftend und negativ für alle sein. Insofern braucht es Überzeugungsarbeit. Zum Trost der Gleichstellungsgegner sei gesagt: Eine langsam gestaffelte Quote besagt noch keine Parität, die den eigentlichen Anteil der Frauen an der Gesellschaft widerspiegeln würde. In diesem Sinne ist es richtig, dass es zunächst um eine Übergangsregelung geht. Damit es jedoch überhaupt zu einer Quote kommt, braucht es einen starken und unmissverständlichen politischen Willen der Führung bei gleichzeitig erheblichem Druck von den mehr als einhunderttausend Frauen in der Partei – eine Kraft von mehr Menschen als andere Parteien an Gesamtmitgliedern aufbringen.

Für den Erfolg einer repräsentativen Geschlechterverteilung in Parteien macht es allerdings einen wesentlichen Unterschied, ob beide Geschlechter gegeneinander konkurrieren oder sie zur gleichrangigen Kooperation verpflichtet sind.



Foto: © stock.adobe.com – vipman4

Um Geschlechterkämpfe zu vermeiden, hält eine kluge Organisation gleichrangig zu besetzende Organisationsstrukturen vor. Beiden Geschlechtern werden auf allen Ebenen reale Chancen garantiert, ohne dass sie direkt miteinander konkurrieren. Sobald Parteien doppelte Aufstiegsschienen etablieren, von der Basis her beginnend, werden sich umgehend mehr Frauen engagieren, weil sie wissen, dass sie willkommen sind und gebraucht werden. Doppelspitzen von der Basis weg, z.B. mit Hilfe der Frauen Union, garantieren zudem partnerschaftliche Führung ohne Geschlechterkonkurrenz und in kürze deutlich mehr weibliche Führung.

## 2. Warum ist Geschlechtergerechtigkeit eine Überlebensfrage?

Gleichberechtigung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine pragmatische Frage des Überlebens einer Volkspartei im 21. Jahrhundert. Wie soll es Mehrheiten für eine Partei geben, ohne dass Frauen ihre Interessen durch ihre eigenen Repräsentantinnen gewahrt sehen? Im 21. Jahrhundert sind männerdominierte Gruppen und Institutionen nicht mehr zukunftsfähig. Denn Parteien agieren innerhalb von wachen, kritischen und gerechtigkeitsbewussten Zivilgesellschaften, in denen gerechte Vielfalt zur neuen Regel wird.

Ein Kulturkampf der Geschlechter übersieht, dass es um menschliche Achtung und Solidarität in und durch christliche Parteien geht, die sich in ihrer eigenen Charta ein „christliches Menschenbild“, „Liebe zum Menschen“, und „partnerschaftliche Politik“ zur Selbstverpflichtung machen. An diesen eigenen Wertmaßstäben werden sie auch bei Wählerinnen gemessen, deren Potential bei 50 Prozent liegt. Die Zeit für eine Gleichstellung der Frauen in konservativen Parteien ist mehr als überfällig. Sonst werden die letzten Volksparteien Europas die längste Zeit wählbar und integrativ für alle gewesen sein. Frauen, die jetzt noch Mitglieder sind (!), stellen sogar die dringend notwendige Verstärkung dar, sie schließen die offene Flanke der Union und garantieren das Überleben dieser so wichtigen Volksparteien für Deutschland.

Wenn an anderer Stelle behauptet wird, dass ein christliches Menschenbild Ungleichheiten rechtfertigen würde, so entbehrt dies jeglicher Kenntnis christlicher So-

zialethik. Das Gegenteil ist der Fall. Jesus Christus praktizierte in Wort und Tat eine exzeptionelle Gleichstellung von Frauen und Männern in der Antike. Gerade die christliche Gleichheitsidee in Bezug auf die Würde aller ohne Unterschied ist eine der wichtigsten Errungenschaften, welche die westliche Welt dem Christentum verdankt, ohne das die Menschenrechte der Aufklärung nicht zu denken gewesen wären. Wenn eine gerechte Politik der Mitte sich auf ein christliches Menschenbild beruft, muss sie dessen Forderung nach Gerechtigkeit in Gleichrangigkeit in ihren eigenen Reihen auch umsetzen. Sonst ist das C nur ein Etikett ohne weitere Bedeutung.

Wichtig ist allerdings, dass die gegenwärtige Diskussion über Diversität Frauen nicht unkenntlich macht. Denn das biologische Geschlecht für irrelevant zu erklären, relativiert alle bisher hart erkämpften Schutzrechte für Frauen. Gleichstellung von Frauen ist genau das Gegenteil von Identitätspolitik. Denn diese stellt wichtige Allgemeinbegriffe durch subjektive Relativierungen infrage, lehnt begründete kollektive Zugehörigkeiten und rationale Selbstvergewisserung durch normative Werte ab.

### Schlussfolgerungen:

Eine Politik der Mitte bedeutet, jeder einzelnen Person gleichermaßen gerecht zu werden, dass sie nicht mehr an strukturellen Hindernissen scheitert. Eine gelungene Synthese von guter Konkurrenz und fairer Gleichberechtigung muss auch in Parteien die Norm sein. Dies gelingt durch ein respektvolles Miteinander von Frauen und Männern ohne Asymmetrien und auf gleicher Augenhöhe, die vom christlichen Menschenbild gefordert ist.

Gleichstellung von Frauen in Parteien bedeutet, reale Mehrheiten in der Bevölkerung zu beteiligen, die sonst verlorengehen. Auch in der Union geht es jetzt um nicht weniger als um die demokratische Repräsentanz beider Hälften der Bevölkerung. Denn Volksparteien, die es bleiben wollen, müssen auf den Schultern aller stehen. Im 21. Jahrhundert geht dies nicht mehr ohne glaubwürdige Politiker und MandatsträgerInnen, welche die Gesamtbevölkerung - auch durch ihr Geschlecht - repräsentieren.

Elke Mack  
Inhaberin der Professur für Christliche Sozialwissenschaft und Sozialethik, Universität Erfurt



Das Mentoring-Programm der FU Saar – ein Frauenförderprogramm und Personalentwicklung mit Vorbildcharakter.

# Programm mit Vorbildcharakter

Wie können wir als Partei zukunftsfähig bleiben? Dafür gibt es viele Ideen, doch Ideen alleine reichen nicht, es muss gehandelt werden!

Wie es gelingen kann, dass wir beispielsweise mehr Frauen für die Parteiarbeit und die Übernahme politischer Ämter und Mandate gewinnen können, zeigt die Frauen Union Saar mit ihrem Mentoring-Programm auf.

Den Teilnehmerinnen dieses Programmes wird das notwendige Rüstzeug für die politische Arbeit mitgegeben. Dazu werden u.a. rechtliche Grundlagen der Parteipolitik vermittelt, ein Kommunikations-Training absolviert oder etwa auch ein Vortrag zur Nutzung von Social-Media durchgeführt. Besonders dienlich ist aber die Schaffung eines bedeutsamen Netzwerks innerhalb der Partei.

Zur Seite gestellt wird jeder Mentee eine politisch erfahrene Person, eine Mentorin bzw. ein Mentor, die die Entwicklung der Mentee unterstützend und fördernd begleitet.

Ich selbst hatte und habe aktuell immer noch die Gelegenheit, im Jahrgang 2021 / 2022 an diesem 12-monatigen Programm teilzunehmen. Meine Mentorin ist die FU-Landesvorsitzende und stellv. Bundesvorsitzende Anja Wagner-Scheid. Die regelmäßigen Treffen und Gespräche haben mich immens vorangebracht. So konnte ich etwa auf CDU-Orts- und Stadtverbandsebene Fuß fassen, aber auch innerhalb des CDA-Kreisverbandvorstands und im Landesvorstand der LSU Saar, wofür ich sehr dankbar bin und mich überall sehr gerne einbringe.

Besonders gefallen hat mir aber das Wochenendseminar zur „Persönlichkeitsentwicklung“, welches zur Verbesserung der rhetorischen Kompetenzen, aber auch zu einem

besseren Kennenlernen innerhalb der Gruppe geführt hat. Dabei wurde mir erneut bewusst, dass wir über eine Vielzahl von engagierten und kompetenten Frauen verfügen und dieses vorhandene Potential offensichtlich häufig leider nicht ausschöpfen.

Es mag dafür viele Gründe geben, doch ich bin der Überzeugung, dass wir ohne die Einführung verbindlicher Maßnahmen es aktuell nicht schaffen werden, mehr Frauen in die parteiinternen Gremien und daraus resultierend auch nicht in politische Ämter und Mandate zu bringen.

Doch wenn wir Wählerinnen und Wähler ansprechen und überzeugen wollen, brauchen wir mehr Vielfalt und dazu gehört eben auch ein angemessener Anteil an Frauen. Wenn wir dies nicht umsetzen können, drohen wir mittel- bis langfristig in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Gerade deswegen ist für mich die Schaffung von Rahmenbedingungen wie beispielsweise das Personalentwicklungsprogramm der Frauen Union Saar ergänzend zu der Einführung einer verbindlichen Quote der Dreh- und Angelpunkt für das Gelingen oder Scheitern unserer CDU.

Julia Rost  
Mentee des Mentoring-Programms der FU Saar

# Deshalb:

## Ja zur Frauenquote

### Ist eine Frauenquote notwendig?

Für den Anspruch der CDU, Volkspartei zu sein, sind Sichtbarkeit und Wirksamkeit von Frauen in der Mitgliedschaft, in Ämtern und Mandaten grundlegend. Die Frauenquote ist für die Erhöhung des Anteils von Frauen an Ämtern und Mandaten ohne Alternative, denn nur mit ihr werden wir das quantitative Frauenproblem der CDU lösen. Ohne die Quote wird es absehbar nicht gelingen, Frauen ausreichend einzubinden, anzusprechen und den Anreiz für eine Mitgliedschaft zu erhöhen. Ein Verlust von 12 Prozentpunkten bei den Wählerinnen wie bei der Bundestagswahl 2021 bedeutet: Wahlergebnisse von mehr als 30 Prozent wären für die Volkspartei CDU nicht mehr erreichbar. Die Mehrheitsfähigkeit der CDU steht auf dem Spiel, wenn Frauen sich von ihr abwenden.

### Gibt es andere Wege?

Freiwillige Selbstverpflichtungen, Mentoring und andere Fördermaßnahmen sind in der CDU an Grenzen gestoßen. Seit dem Essener Parteitag 1985 diskutiert die CDU über die Frauenquote. Das Quorum hat seit seiner Verankerung im Statut der CDU 1996 zwar einen Schub für mehr Frauen in Ämtern und Mandaten bewirkt, jedoch nicht den gewünschten nachhaltigen Erfolg für die politische Gleichstellung. CDU-Fraktionen in den Kommunen, den Ländern, im Bund und im Europäischen Parlament zählen regelmäßig zu den Fraktionen mit dem geringsten Frauenanteil. Ein Grund dafür ist, dass die Einhaltung des Frauen-Quorums im Verhältnis zu anderen Aufstellungspraktiken (Regional-Quoten, Vorrang von bereits amtierenden Bewerbern) häufig nachrangig angewendet, als Obergrenze verstanden oder insgesamt nicht verbindlich angesehen wird.

### Quote – als Sonderrecht für Frauen?

Quoten sind ein legitimes, vielfach praktiziertes und bewährtes Instrument zur Absicherung von Erfahrungen und Sichtweisen, die wir in der Partei brauchen.

In der CDU nutzen wir sie selbstverständlich seit Jahrzehnten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität der CDU in der Breite der Gesellschaft: Ob Regionalproporz (jeder Bezirksverband wird bei der Mandatsaufstellung bedacht), Konfessions-, Jugend- oder Geschlechterproporz – die gerechte Beteiligung von sonst unterrepräsentierten Gruppen an der demokratischen Teilhabe wird dadurch gewährleistet und selbstverständlich.

Wenn es darum geht sicherzustellen, dass Vertreter oder Vertreterinnen bestimmter Regionen in Gremien oder Fraktionen vertreten sind, wird die Qualifikation der entsprechenden Bewerber dabei nicht grundsätzlich in Frage gestellt oder das Verfahren wegen einer damit vermeintlich verbundenen Gefahr mangelnder Kompetenz diskreditiert. Ausschließlich bei der Frauenquote wird eine „K-Frage“ aufgemacht und mit dem Begriff „Quotenfrau“ diskreditiert.

Dieser Abwertung ihres Geschlechts wollen sich viele, auch junge Frauen erst gar nicht aussetzen und setzen sich deshalb bewusst ab: „Ich bin mehr als eine Quote, gut ausgebildet und schaffe es alleine!“ Aber: Waren die Frauen in der CDU in den Generationen zuvor nur zu wenig selbstbewusst oder schlecht qualifiziert?! Sicher nicht. Allein auf seine individuellen Fähigkeiten zu setzen, kann dennoch an Grenzen führen.



### Haben wir genügend Frauen? Können wir sie umsetzen?

Ja, die CDU Deutschlands hat derzeit mehr als 100.000 weibliche Mitglieder und das Potential, weitere Mitglieder zu werben, ist riesig. Kompetenz ist dabei kein Problem: Der stellv. Leiter des Instituts für Parlamentarismusforschung Benjamin Höhne hat die Kandidatenaufstellungen zur Bundestagswahl 2017 begleitet und im Rahmen des Forschungsprojektes „BuKa2017“ herausgefunden, dass bei den aussichtsreich nominierten Frauen häufig sogar ein größeres Ausmaß an politischen Erfahrungen und parteipolitischen Engagement vorlag als bei den männlichen Kandidaten.

Und ja, die stufenweise Einführung der verbindlichen Quote gibt den Verbänden genügend Zeit, sich auf die neuen Regeln einzustellen.

### Ist die Quote leistungsfeindlich?

Quoten sind kein Widerspruch zu Kompetenz. Im Gegenteil wie die London School of Economics eindrücklich belegt: Die Quote wirkt sich positiv auf die Kompetenz in der Politik aus. Interessanterweise steigt auch die Qualität der männlichen Vertreter, wenn die Konkurrenz zunimmt.

Gemischte Teams erzielen zudem bessere Ergebnisse. Weibliche Biografien zeichnen sich durch soft skills aus und sind für eine 360-Grad-Perspektive unerlässlich. Neben fachlicher Kompetenz (Sachverstand und Fähigkeiten) spielen in der Politik Kriterien wie Sympathie, Authentizität, Führungsstärke, Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit eine wesentliche Rolle für die Wahlentscheidung.

### Ist die Frauenquote wirkungsvoll?

Ja, das belegt der Blick in die deutsche Wirtschaft. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen haben sich dort als wirkungslos erwiesen.

Erst mit Einführung der Geschlechterquote von 30 Prozent für zu besetzende Aufsichtsratsposten in großen börsennotierten Unternehmen konnte ab 2016 der Anteil von Frauen in Führungspositionen gesteigert werden. Entgegen den damals geäußerten Befürchtungen fanden sich genügend qualifizierte Frauen.

Parteien tragen durch ihr Vorgehen bei der Ansprache, Förderung und Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten dazu bei, welche tatsächlichen Chancen Frauen und Männer jeweils haben. Einige Parteien haben Frauen- bzw. Geschlechterquoten in unterschiedlicher Höhe und Verbindlichkeit in ihren Satzungen verankert.

Durch die Einführung der 40-Prozent-Geschlechterquote 1988 in der SPD stieg der Frauenanteil im Bundestag (von 16,1 auf 41,7 %) ebenso wie der in der Parteimitgliedschaft (von 25,3 auf 32,8%). Die Grünen haben seit 1986 eine Mindestquotierung von 50 % für Frauen. Mit 41 Prozent haben sie auch einen deutlich höheren Frauenanteil in der Mitgliedschaft.

Die Parteien, die hier am konsequentesten vorgehen, zeichnen sich auch durch höhere Anteile von Frauen an der Parteibasis und der Vertretung in Ämtern und Mandaten aus.



Foto: Jan Kopetzky

In der Kommunalpolitik liegt der Frauenanteil bei einem Viertel und lediglich 10 Prozent der Rathäuser und Landratsämter werden von einer Frau regiert.

# Quote – Ja, aber wir brauchen viel mehr!

Am 12. November 1918 führte Deutschland das Frauenwahlrecht ein, noch vor Frankreich, Großbritannien und den USA. Doch konnten die Festaktreden 2018 zum 100-jährigen Jubiläum allenfalls verhalten ausfallen. Der Frauenanteil im Bundestag stagniert bei rund einem Drittel, in der Kommunalpolitik sind es gar nur ein Viertel Frauen und lediglich 10 Prozent der Rathäuser und Landratsämter werden von einer Frau regiert. In der CDU liegt der Frauenanteil bei 26 Prozent. Ein Wandel zeichnet sich nicht ab: Gerade einmal 23 Prozent der Mitglieder in der Jungen Union sind Frauen. Soll sich hier grundlegend etwas ändern, müssen wir bei der Kommunalpolitik ansetzen. Die Gleichung ist einfach: Je mehr Ratsfrauen und weibliche Kreistagsmitglieder, desto mehr potentielle Kandidatinnen für die Landes- und Bundesebene. Nur: Je männlicher ein Kommunalparlament, desto weniger wollen sich Frauen dort einbringen. Ein klassisches Henne-Ei-Dilemma. Dabei mangelt es nicht an klugen Analysen und engagierten Initiativen, Frauen für ein lokalpolitisches Mandat zu gewinnen. Einzig der durchschlagende Erfolg all dieser auf Freiwilligkeit basierenden Anreize bleibt aus. Kann es nun nur die Quote regeln? In einer Partei, die sich dem Leistungsgedanken verschrieben hat, stieß diese Forderung auf breiten Widerstand. Viele Frauen möchten es aus eigener Kraft schaffen statt als „Quotenfrau“ Karriere zu machen. Auch stören sich viele Parteifreunde und -freundinnen an der Gleichsetzung von Repräsentation und Repräsentativität: Müssen Politiker über bestimmte soziokulturelle Merkmale verfügen, um Politik für diese Bevölkerungsgruppe zu machen? Wolfgang Schäuble hat es auf den Punkt gebracht: „Jeder einzelne Abgeordnete ist Repräsentant des gesamten Volkes, wir haben immer

auch das Gemeinwohl im Blick zu halten.“ Es sei die Stärke der repräsentativen Demokratie, Vielfalt zu fördern und zu stärken, ohne sie 1:1 abbilden zu müssen. Ich teile die Sorge Schäubles vor einer Fragmentierung der Gesellschaft. Doch ist die Frauenquote kein Beispiel von Identitätspolitik – was Schäuble übrigens auch nie gesagt hat. Wir haben es hier mit strukturellen Hindernissen zu tun. Die Quote ist ein Baustein, ist ein geeignetes Instrument, diese zu überkommen. Wir dürfen diese weder überhöhen noch aus Prinzip verteufeln. Ziel muss es sein, dass wir diese oder ggfls. auch andere Quoten nicht mehr brauchen, da es uns kontinuierlich gelingt, Menschen aus allen Gesellschaftsgruppen anzusprechen. Deswegen unterstütze ich den Vorschlag von Friedrich Merz nach einer stufenweisen Einführung bis 2025 und Befristung bis 2029. Dabei liegt es an uns, die Handlungsempfehlungen aus den zahlreichen Initiativen zur Frauenförderung umzusetzen. Für die Kommunalpolitik bedeutet das: Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Arbeit effizienter zu gestalten. Sitzungen sollten gestrafft und zu familienfreundlichen Zeiten stattfinden. Das freut im Übrigen auch viele Familienväter. Zu den dringlichsten Aufgaben zählt, endlich die Anfeindungen in den sozialen Netzwerken und die Auswüchse realer Gewalt gegen Kommunalpolitiker wirksam zu unterbinden – andernfalls fehlen uns bald Männer und Frauen in den Kommunalparlamenten.

Christian Haase MdB  
Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen  
Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands

# Neues wagen!

Nur wer sich bewegt, bleibt nicht stehen - die CDU muss sich verändern, dass sie Volkspartei bleibt!



Foto: Rolf H. Epple

Der langfristige Erfolg der CDU als Volkspartei wird auch dadurch bestimmt werden, wie es unserer Partei gelingt, sich an die sich verändernden Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen: Die Modernisierung der Parteiarbeit, attraktive Partizipationsmöglichkeiten, die Abbildung aller Bevölkerungsgruppen in Partei und Gremien und überzeugende Antworten auf die großen und kleinen Fragen unserer Zeit.

Die Diskussion um die Beteiligung von Frauen innerhalb der CDU ist älter als ich selbst. Dabei ist der Quotenbegriff derart negativ konnotiert, dass man sich fragen muss, ob wir dabei nicht allzu oft das Wesentliche, das hinter der Idee der Frauenquote liegt, aus dem Blick verlieren. Innerhalb der Partei ist man sich nämlich doch erstaunlich einig, dass sich die CDU jünger, vielfältiger und eben weiblicher aufstellen muss. Dafür braucht es aber wirksame Programme und Instrumente, denn der Anteil von Frauen in der CDU ist seit den neunziger Jahren nahezu unverändert.

Bei der angestrebten Satzungsänderung geht es unter dem Schlagwort „Frauenquote“ de facto um nichts anderes, als dieses Anliegen mit konkreten Zielvereinbarungen zu untermauern. Es sollen ansprechende Grundvoraussetzungen geschaffen werden, dass sich mehr Frauen in der CDU wiederfinden und dass Listen langfristig paritätisch aufgestellt werden können. Mit diesen neuen Vorgaben sollen die Kreisverbände dazu gebracht werden, aktiv mehr Frauen und auch junge Menschen für die Parteiarbeit anzusprechen. Wenn es um die Quote geht, wird immer auch die Frage nach der Qualifikation der weiblichen Kandidaten gestellt. Woher kommt diese Angst, dass Frauen, im Vergleich zu männlichen Bewerbern, keine ausreichende Qualifikation mitbringen wür-

den? Können wir nicht vielmehr von weiblichen Bewerberinnen und ihren Ideen und Themen profitieren, sowie die Auswahlmöglichkeit an Bewerbern für politische Ämter erhöhen? Denn, Frauen machen anders Politik und Frauen sprechen andere Themen an.

Wenn wir unsere Partei nicht öffnen und es uns nicht gelingt wieder mehr Menschen für Politik und Parteiarbeit zu begeistern, verspielen wir langfristig unsere Erfolgschancen. Volkspartei zu bleiben, kann uns nur dann gelingen, wenn wir einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden und die Themen aller gesellschaftlicher Gruppen aufgreifen und Lösungen für die damit einhergehenden Herausforderungen entwickeln.

Unser Vorsitzender Friedrich Merz hält „eine Quote [für] die zweitbeste Lösung“ - Tatsächlich ist es aber die bislang einzige Lösung, die konkrete Vorgaben macht und das Problem an der Wurzel packt. Wenn wir eine wirkliche Veränderung erzielen wollen, dann brauchen wir verbindliche Vorgaben, die dieses Vorhaben unterstützen. Nur wenn die Gewinnung von Frauen und jungen Menschen für die Parteiarbeit in der Breite der Partei verankert wird, kann dieser Prozess eine Dynamik entwickeln, die eine Quote irgendwann obsolet werden lässt. Mit der Quote haben wir die Chance Bewegung in das Thema Frauenförderung in der CDU zu bekommen. Lassen Sie uns diese Chance nutzen und zeigen, dass unsere CDU wirklich bereit ist, Neues zu wagen!

Lena Hirschinger  
Kreisvorsitzende CDU Südliche Weinstraße

# Equality Stark wie nie



Foto: Long Story Short Concepts GbR

CDU-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat, Bernd Althusmann MdL und FU-Landesvorsitzende Mareike Lotte Wulf MdB auf dem Landesdelegiertentag der FU Niedersachsen im Juni: 31 Direktkandidatinnen für den Landtag und eine paritätische Landesliste!

Als moderne, bürgerliche, weltoffene Partei der Mitte steht für uns die Lebensrealität der ganz normalen Menschen in unserem Land im Zentrum unserer Politik. In der CDU – und gerade auch bei uns in Niedersachsen – arbeiten Frauen und Männer gleichberechtigt und engagiert gemeinsam an einer guten Zukunft. Doch in vielen Bereichen der Gesellschaft erleben wir noch immer, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterrepräsentiert ist. Das wollen wir ändern, auch in unserer Partei. Ich wünsche mir mehr Frauen in der CDU und in politischen Ämtern und Funktionen. Frauen und Männer sind vor dem Gesetz gleich.

Deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dieser Grundsatz auch innerhalb unserer Partei stärker gelebt und umgesetzt wird. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Parteiarbeit sollten wir nicht nur wortreich einfordern, sondern auch tatsächlich fördern.

In Niedersachsen haben wir unsere Liste zur Landtagswahl 2022 erstmals paritätisch besetzt mit 31 Frauen als Direktkandidatinnen. Wir sind jünger, wir sind weiblicher, wir sind stark wie nie. Diesen Weg sind wir konsequent, einvernehmlich mit breiter Mehrheit und ohne Satzungsvorgaben gegangen. Das war in meinen Augen ein wichtiger Baustein auf dem Weg, die Attraktivität von Parteiarbeit für Frauen zu steigern und unsere Volkspartei zukunftsfest aufzustellen. Gelebte Gleichberechtigung verlangt dennoch mehr. Es ist eine Frage der Haltung, nicht nur darüber zu reden, sondern Gleichberechtigung auch umzusetzen und so für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Dazu gehört ein Arbeitsumfeld, das von beiderlei Geschlecht gleichermaßen geprägt ist und in dem sich

Frauen ebenso selbstverständlich behaupten und einbringen können, wie es Männer meist tun. Da können wir innerhalb der Partei und bei der politischen Arbeit mehr tun. Wichtiger noch als starre Vorgaben bleibt also zunächst, dass sich in unseren Köpfen, in unserer Art des Miteinanders, etwas bewegt.

Wir setzen als Union gerade jetzt auf die Bereitschaft der Menschen in unserem Land, neue Wege der Veränderung und des Aufbruchs mitzugehen und sind bereit, dafür auch in Niedersachsen die politische Führung zu übernehmen. Das muss jedoch einhergehen mit der Bereitschaft jeder und jedes Einzelnen, offen für neue Wege und Ideen zu sein. Vieles wird nur gelingen, wenn wir von Zeit zu Zeit unseren Kompass an der Lebenswirklichkeit orientiert neu justieren. Wir wollen als Partei wählbar sein. Das heißt das zu tun, worauf es jetzt ankommt.

Der vorgeschlagene Kompromiss der CDU Deutschlands, eine Satzungsänderung für die Besetzung von Ämtern und Funktionen stufenweise einzuführen und nach fünf Jahren Bilanz zu ziehen, sollte auf unserem Bundesparteitag fair und sachlich beraten werden. Viele Menschen schauen gerade jetzt in Krisenzeiten auf eine starke Union. Das können wir wieder werden, wenn wir herausfordernde Wege beschreiten und nicht nur verharren im Status Quo.

Klar ist: das wird nur gemeinsam gelingen. Packen wir's an!

Bernd Althusmann MdL  
Vorsitzender der CDU in Niedersachsen



Im eigenen Interesse: Spitzenfrauen in der Wirtschaft. Ein klares „Ja!“ für die Quote. In ihrem Buch „Das verborgene Kapital“ spricht sich die Vorstandsvorsitzende der Charta der Vielfalt dafür aus, alte Strukturen aufzubrechen und die Unternehmen durch diverse Führungsteams zukunftsfähig zu machen.

# Verborgenes Kapital heben

Quote oder nicht – diese Frage wird seit Jahren heiß diskutiert. Nach einer aktuellen Umfrage aus dem Februar 2022, die die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Reinhard-Mohn-Institut an der Universität Witten/Herdecke durchgeführt hat, sind die Führungskräfte in Deutschland gespalten, wenn es um verpflichtende Vorgaben zur Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft geht.

Auch wenn viele Führungskräfte keine Notwendigkeit für verbindliche Regelungen für Fairness und Gleichberechtigung sehen, sieht die Realität in der deutschen Wirtschaft anders aus. Geschlechtergerechtigkeit ist keine Selbstverständlichkeit, stattdessen gehören in vielen Unternehmen Diskriminierung und Hindernisse für Frauen bei ihrer Karriereplanung noch zum Alltag.

Der Queb | Bundesverband für Employer Branding, Personalmarketing und Recruiting hat eine Umfrage in Unternehmen zum Thema Diversity & Inklusion durchgeführt. Die Ergebnisse sind erschreckend: Obwohl so viel über Diversity gesprochen wird, wird sie längst nicht überall konsequent gelebt.

Auch wenn die Vorteile von Diversity und Fairness auf der Hand liegen und gut belegbar sind: Wenn wir auf die Einsicht der Führungskräfte in der Wirtschaft warten, wird die dringend benötigte Transformation zu langsam vorangehen. Wir können uns als Wirtschaftsstandort dieses Schnecken tempo nicht mehr leisten! Deshalb befürworte ich die Frauenquote für Unternehmensvorstände und Führungspositionen. Es hat etwas von Anschubfinanzierung und Disruption, und deshalb ist es gut. Ansonsten sind wir als Spezies leider verändere-

rungsresistent, sitzen in unserer Komfortzone und bleiben dort gerne.

Die Quote ist kein Charity-Projekt für Frauen. Sie ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Unternehmensleitung muss ein Abbild der Mitarbeitenden und der Kundenschaft sein. Würden nur Männer die höchsten Positionen bekleiden, könne das dem Unternehmen schaden, weil es am Markt und an den Bedürfnissen der Mitarbeitenden vorbei agiert, in Zeiten in denen die Anpassungsfähigkeit an sich schnell verändernde Rahmenbedingungen der Schlüssel zum Erfolg ist.

Organisationen, die Diversity ernsthaft in ihre Unternehmensstrategie verankern, sind in der Lage, auf vielfache Weise verborgenes Kapital zu heben. Zum einen können sie, wenn sie beispielsweise gute Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen oder sich aktiv um die Integration von Geflüchteten bemühen, viel mehr potenzielle Talente ansprechen und an sich binden – gerade in Zeiten des grassierenden Fachkräftemangels ein enormer Vorteil.

Zum anderen steigern sie die Motivation und Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeitenden um ein Vielfaches, wenn sich diese wertgeschätzt und fair behandelt fühlen. Und sie sind besser in der Lage, die Bedürfnisse der unterschiedlichsten Zielgruppen zu antizipieren, da sie auch in ihrer Organisation die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen abbilden.

Ana-Cristina Grohnert



„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen - und eine Partei auch nicht! Als CDU haben wir da noch viel Luft nach oben. Deshalb unterstütze ich den Kompromissvorschlag von Friedrich Merz zur Frauenquote.“

**Andreas Jung MdB**

*Stellv. Vorsitzender der CDU Deutschlands*



Ohne verpflichtende Quoten wird es nicht gehen, wenn man es ernst meint mit Frauen in Führungspositionen.

**Dr. Anemone Bippes**

*MIT Kreisvorsitzende  
Baden-Baden/Rastatt*



„Mit der Quote haben wir die Chance auf mehr Vielfalt und eine ausgeglichene Repräsentanz von Frauen und Männern in der Partei, für ein gemeinsames Wir und eine starke Union!“

**Annika Wünsche**

*Mitglied des CDA-Bundesvorstandes und als Mitglied im Vorstand des Deutschen Frauenrates*



„Seit Jahren wünschen wir uns mehr Frauen in der CDU. Die Quote ist unsere beste Chance, dass sich wirklich etwas ändert!“

**Christina Müller**

*Stadtverbandsvorsitzende JU Tübingen*



Eine quotierte Besetzung von Parteiämtern und bei der Vergabe von Mandaten ist zwar kein Allheilmittel, aber ein Schritt in die richtige Richtung! Die Befürchtung, dass mit einer Quote die Ämter und Mandate mit „weniger qualifiziertem Personal“ geflutet werden, sind gegenstandslos. Vielmehr bekommen nun engagierte Frauen die institutionelle Möglichkeit, ihrer Stimme ein besseres Gehör zu verschaffen.“

**Carina Hermann**

*Vorsitzende CDU-Stadtverband Göttingen,  
CDU-Landtagskandidatin*



Bereits 1985 hat die CDU auf ihrem Parteitag in Essen beschlossen; „Angesichts der wachsenden Zahl politisch engagierter Frauen sollte außerdem eine klare Zielangabe der Beteiligung formuliert und planvoll stufenweise verwirklicht werden. „(Ziffer 35 Parteitagsbeschluss „Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“) Höchste Zeit, dass das jetzt angegangen wird!“

**Sybille Möller-Fiedler**

*Landesvorsitzende des EAK Hamburg*

**GUTE GRÜNDE  
FÜR DIE F**



„Ich bin überzeugt: Wir müssen Frauen aktiver in die Politik bringen. Das passiert nicht von alleine- deshalb bin ich für eine Frauenquote.“

**Alice Jacobi**  
Kreisvorsitzende der FU Kassel-Stadt



„Die Quote macht uns nicht zu Quotenfrauen, sondern bietet der Partei die Chance mehr über unseren Qualitäten, als unser Aussehen zu sprechen.“

**Neele Schauer**  
AG Jung-weiblich-CDU FU Landesvorstand Hessen



„Ich bin für eine Frauenquote, weil Frauen durch ihre Kreativität und Effizienz die Politik noch zielführender und erfolgreicher gestalten.“

**Lea Knezevic**  
Kreisvorsitzende der FU Münster



„Im Grundsatz geht und ging es mir nie um eine Quote! Es geht mir darum, dass unsere CDU dringend jünger und weiblicher werden muss. Dass nur gut ein Viertel unserer Mitglieder Frauen sind, kann nicht der Anspruch einer Volkspartei sein. Dazu gehört jetzt aber auch Mut und Offenheit für neue Wege. Die CDU in Niedersachsen hat bei der Listenaufstellung zur Landtagswahl gezeigt, wie es geht!“

**Kai Seefried**  
Landrat des Landkreises Stade



„... weil Frauen Verantwortung und Männer Macht wollen.“

**Ilka Lochner**  
KV Landkreis Rostock



„Die Frauenquote in der CDU ist überfällig. Nur mit ihr kann die Partei ein wahres Abbild der Gesellschaft sein und Volkspartei der Moderne werden.“

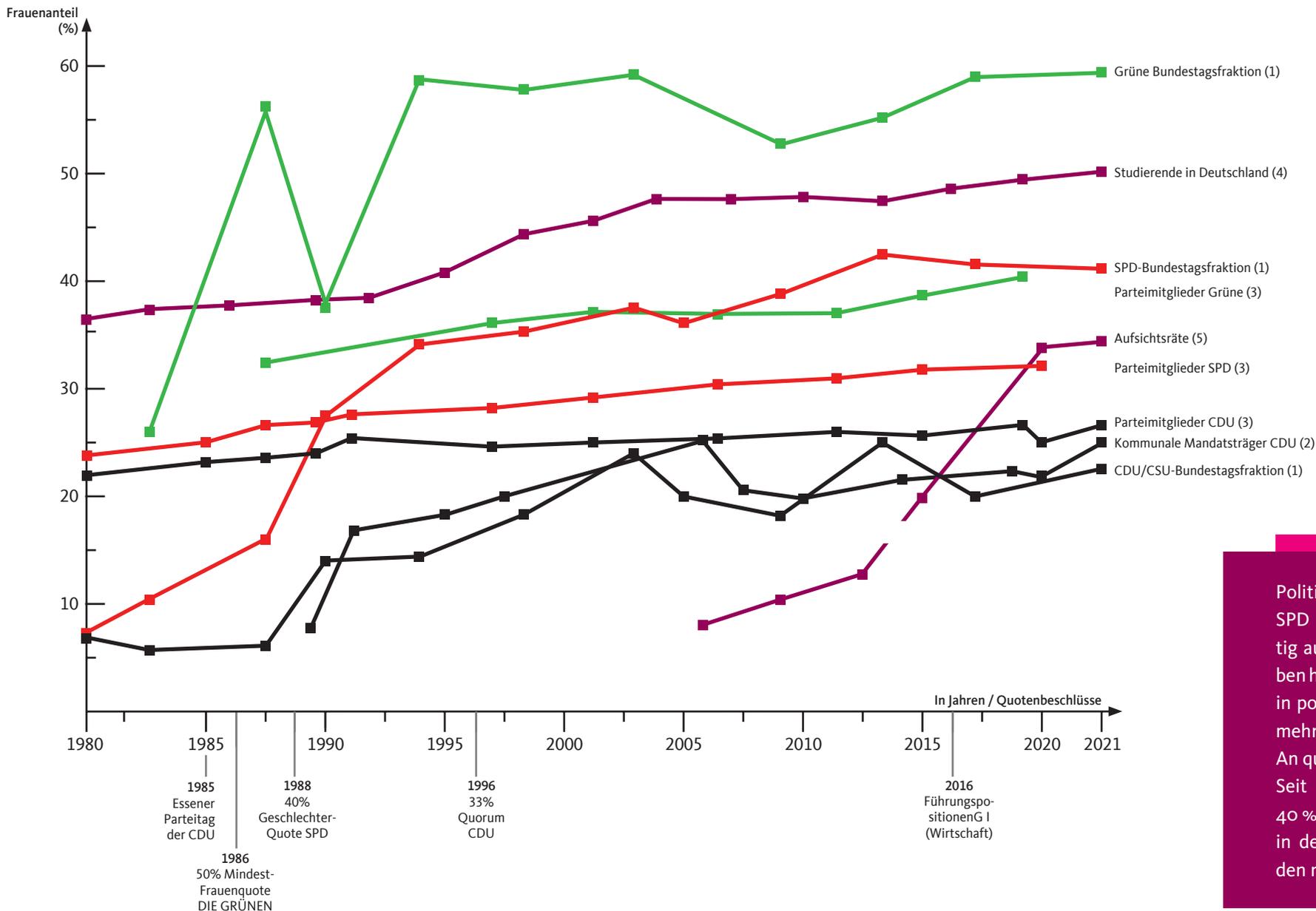
**Dominik Geißler**  
designierter Oberbürgermeister von Landau

# RAUENQUOTE

**Impressum**

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070452 · Telefax 030 22070439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 8020 · Telefax 02226 802111 · Telefon Vertrieb 02226 802213 · Geschäftsführer: Jürgen von Meer · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt. **Fotonachweise für Seite 14+15:** Andreas Jung © Otto Kasper · Dr. Anemone Bippes © Jessica Törlitz · Annika Wünsche © Andrea Vollmer/DF · Sybille Möller-Fiedler © Petra Fischer Snapshot · Kai Seefried © Martin Elsen · Dominik Geißler © Rolf Epple

# CDU: Da geht noch mehr



Politische Mitbewerber, die wie die SPD und die GRÜNEN, schon frühzeitig auf eine Quote gesetzt haben, haben heute anteilig sowohl mehr Frauen in politischer Verantwortung als auch mehr weibliche Mitglieder als die CDU. An qualifizierten Frauen fehlt es nicht. Seit fast drei Jahrzehnten sind über 40 % der Studierenden weiblich. Auch in den Aufsichtsräten hat die Quote den notwendigen Schub gebracht.

Quellen: (1) Deutscher Bundestag - (2) Bericht zur politischen Gleichstellung von Frauen und Männern der CDU, 1989-2022 - (3) Bericht zur politischen Gleichstellung von Frauen und Männern der CDU, 1989-2022, Niedermayer, Oskar, 2020: „Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31, Berlin“ - (4) Statistische Bundesamt (Destatis), 2021 - (5) Bis 2012 - „Frauenanteil in den Aufsichtsräten der 100 bzw. 200 größten deutschen Unternehmen von 2006 bis 2021“, Statista 2022, Ab 2015 - Women-on-Board-Index 186 I, 2022